bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 06 | 17. März 2006

Rechte Szene 2

Bündnislisten
Zu den hessischen Kommunalwahlen treten NPD und Republikaner teilweise gemeinsam an.

Staatsknete kassieren
Kaum echte Chancen für Rechtsextreme in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Zweite Parteikarriere
NPD-Chef in Baden-Württemberg ist rechtsextremer Multifunktionär.

Düsteres Spektakel
Neonazis marschieren an ihrem „Tag der Ehre" durch Halbe bis zum Friedhof.

Brutaler „Denkzettel"
Abweichendes Verhalten wird bei Rechtsextremisten immer gnadenloser bestraft.

Rückzugsraum
Neues „Nationales Zentrum" in Hessen

Geschichtsverdreher
Jahreskongress des Deutsche Stimme-Verlags mit in- und ausländischen Vertretern des rechtsextremen Spektrums.

Seitenblick 7

Projekt für Hooligans
Öffentliche Unterstützung für rechtsgerichete Fans der in Verruf geratenen SG Dynamo Schwerin.

Ausland 8

Farbenstreit
Starke Konkurrenz für den rechtsextremen Front National von rechtskonservativer Seite.

Blick in die Zeitgeschichte 9

„Arisierte" Forschung
Die im März vor 65 Jahren in Frankfurt/Main eröffnete „Hohe Schule" der Nazis besaß eine umfangreiche Fachbibliothek zur „Judenfrage".

Demokratische Initiativen 10

Ort der Täter
Eine Ausstellung zeigt alle Entwürfe für die „Topographie des Terrors". Das jetzt gekürte Modell verzichtet auf jede baukünstlerische Überhöhung.

Meldungen 11

Rechte Szene

Bündnislisten

Zu den hessischen Kommunalwahlen treten NPD und Republikaner teilweise gemeinsam an.

Altnazi Otto Riehs will es noch einmal wissen. Wenn Frankfurts Wähler am 26. März bei der Kommunalwahl in Hessen ihre Kreuzchen machen können, werden sie auch den Namen des 84-jährigen Ritterkreuzträgers auf ihren Stimmzetteln finden. NS-Befürworter Riehs tritt auf Listenplatz 6 der NPD für das Stadtparlament an. Doch nicht nur ihr prominenter Kandidat, sondern auch das NPD-„Manifest zu den Kommunalwahlen" dürfte Alt- und Neonazis gefallen. Gleich die erste konkrete Forderung bedient den Geschmack aller Antisemiten. Unter dem Titel „Frankfurt als Stadt der Deutschen" heißt es: „Frankfurt hat jüdische Belange nicht aus Steuergeldern zu finanzieren. Das jüdische Museum in Frankfurt ist deshalb zu schließen." Und indirekt soll offenbar deutlich gemacht werden, dass Juden – ebenso wie Muslime – aus Sicht der NPD jedenfalls dauerhaft in der Stadt nichts zu suchen haben: „Moscheen und Synagogen sowie andere nichtchristliche Gotteshäuser stellen Provisorien dar und dürfen deshalb keine in der öffentlichen Wahrnehmung städtebaulich herausragende Stellung haben." Ansonsten bietet die NPD in Hessens größter Stadt das übliche Gebräu aus Sozialpopulismus und Ausländerfeindlichkeit an. Letztere wird hinunterdekliniert bis ins Kleinste: „Die Zulassung ausländischer Imbissbuden, Blumen- und Gemüsestände muss auf den Prüfstand. Oft können dort Waren durch gleichzeitigen Rauschgifthandel und erschlichene Sozialleistungen zu Schleuderpreisen angeboten und auf diese Weise deutsche Kleinhändler in den Ruin getrieben werden."

Anknüpfen will die NPD an den Erfolg von 1989, als ihr mit 6,6 Prozent der Einzug in den Römer gelang. Seither war es ruhiger geworden um die NPD der Mainmetropole. Nachdem sie bei der Kommunalwahl 1997 auf gerade einmal 0,5 Prozent gekommen war, trat sie dort bei den Wahlen 2001 gar nicht erst an. Hessenweit war die – allerdings nur in einem Bruchteil der Kreise und Kommunen kandidierende – NPD vor fünf Jahren auf gerade noch 0,2 Prozent gekommen, hatte aber immer noch 13 Mandate geholt. Diesmal tritt sie außer in Frankfurt für die Kreistage Lahn-Dill, Wetterau und Main-Taunus an, außerdem für zehn Stadt- und Gemeindeparlamente (2001: 8).

Noch immer etwas besser aufgestellt als die NPD sind offenbar Hessens Republikaner, die nach eigenen Angaben wie vor fünf Jahren in den Großstädten Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden, in elf Landkreisen (2001: 17) und 14 kleineren Kommunen (2001: 23) wählbar sind. Damals waren die Republikaner landesweit auf 2,5 Prozent (94 Mandate) gekommen und hatten damit 4,1 Prozent eingebüßt. Ihre Parolen unterscheiden sich kaum von denen der NPD: „Unser Volk zuerst!" und „Sozialstaat statt Zuwanderung" plakatieren sie in Hessen. Und die Sonderausgabe des REP-Blattes „Zeit für Protest" spricht in den Überschriften vom „Krieg der Kulturen", behauptet „Moscheen verfremden unsere Städte" und fragt: „Wann brennen unsere Städte?"

Allerdings verzeichnen auch Hessens Republikaner Auflösungserscheinungen. Im Landkreis Offenbach kandidiert eine „Deutsche Liste", die aus der REP-Kreistagsfraktion hervorgegangen ist. Zwei neue Formationen treten in Nordhessen an. Spitzenkandidatin des „Bürgerbündnisses Pro Schwalm-Eder" ist Ingeborg Godenau. In der zu Ende gehenden Wahlperiode führte sie die REP-Fraktion im Kreistag. Auch ihr Fraktionskollege Rainer Völker steht auf der Bürgerbündnis-Liste, gemeinsam unter anderem mit Peter Schweizer, der als Besitzer dem NPD-Landesvorstand angehört. Die NPD empfiehlt denn auch die Wahl des Bündnisses als „volkstreue Wählergruppe". Die Werbetrommel rührt die NPD auch für eine „Gruppe freier Deutscher/Freideutsch" im Nachbarkreis Hersfeld-Rotenburg. Zwei ihrer drei „Spitzenkandidaten" gehören bereits dem Kreistag an: Friedrich Baunack und Frank Legien waren auf dem Ticket der REP gewählt worden. Der dritte im Bunde, Konrad Bentz (86), fungiert derzeit als NPD-Kreisvorsitzender. Wie die „Frankfurter Rundschau" berichtete, kandidieren für die beiden nordhessischen Bündnislisten auch polizeibekannte Neonazis: Vier der 24 Kreistagskandidaten von „Pro Schwalm-Eder" seien im November 2005 festgenommen worden, als sich mehrere Dutzend Neonazis am Rande eines Rechtsrock-Konzertes eine Schlacht mit der Polizei geliefert hätten.

Tomas Sager

Staatsknete kassieren

Kaum echte Chancen für Rechtsextreme in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Er ist Strippenzieher, Technokrat, geborener Geschäftsführer. Ein mitreißender Redner ist Peter Marx nicht. Der TV-Spot zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, durch den sich der dröge Spitzenkandidat hangelt, ist Beleg genug. So kann also etwas nicht stimmen, wenn die NPD von einer „aufrüttelnden Rede" ihres Chefs berichtet. Auch Marx selbst übt sich in der Disziplin der Übertreibung: „Die NPD hat realistische Chancen, den Sprung in den Landtag zu schaffen." Intern freilich werden andere Ziele ausgegeben: mehr als ein Prozent holen, um an Staatsgelder zu gelangen. Und: vor den Republikanern landen. Die REP setzen mit ihren Kandidaten auf gediegene Bürgerlichkeit. Auf den ersten Listenplätzen finden sich eine Kauffrau, Angestellte, eine Landesbeamtin, ein Selbstständiger und ein Landwirtschaftsdirektor. Spitzenkandidatin Christel Schmidt aus Germersheim führt eine Zweitstimmenkampagne, aber anders als die NPD haben die REP auch Direktkandidaten nominiert. Höhepunkt des Wahlkampfs soll eine „Großveranstaltung" mit dem Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer am 18. März im Bürgerhaus Mainz-Kastel sein.

Als „Heimatpartei" präsentieren sich die REP beim Kampf um die Mandate in ihrem „Stammland" Baden-Württemberg. Anders als die NPD können sie in allen 70 Wahlkreisen um Stimmen werben. „Hauptgegner" sei die CDU, sagt Landeschef Ulrich Deuschle, die er unter anderem mit der Forderung nach einem „regelmäßigen Staatsbürger-TÜV" für Ausländer in Bedrängnis bringen will. Glaubt man den Umfragen, wird es auch diesmal nicht für fünf Prozent reichen. Aber für einen Vorsprung vor der NPD: Die tritt nach ihren internen Querelen nur in 52 Wahlkreisen an. Agilster Wahlkämpfer scheint der „parteifreie" Neonazi Lars Käppler zu sein. Der sieht sein Engagement langfristig mit Blick auf die Landtagswahl 2011: „Realistisch betrachtet werden dann in sämtlichen Landesparlamenten der neuen Bundesländer Fraktionen entweder der NPD oder der DVU sitzen. Dann können die Parlamente der westdeutschen Länder erfolgversprechend angegangen werden."

Tomas Sager

Zweite Parteikarriere

NPD-Chef in Baden-Württemberg ist rechtsextremer Multifunktionär.

Spitzenkandidat der NPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 26. März ist Jürgen Schützinger (Jg. 1953), seit 22. Oktober 2005 Landeschef. Schützinger, zugleich Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Schwarzwald-Baar, kandidiert in seinem Heimatwahlkreis Villingen-Schwenningen und im Landtagswahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen als Direktbewerber. Seit 1984 gehört er dem Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises an und ist seit 1980 Mitglied des Gemeinderates in Villingen-Schwenningen.

Schützinger, der am 25. Februar 2005 der NPD wieder beitrat, stand bereits von 1978 bis 1991 an der Spitze des Landesverbandes und war von 1981 bis 1991 NPD-Bundesvize. Bis 1991 war er zugleich als Bundesgeschäftsführer tätig. Dann verließ Schützinger die NPD. Im Oktober 1991 wirkte er an der Gründung der NPD-Abspaltung Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) mit. Seit damals ist der aus dem Staatsdienst entlassene ehemalige Polizeibeamte einer der drei Bundessprecher der DLVH, die ihren Parteistatus im Jahr 1996 aufgab. Im Oktober 2005 wurde Schützinger in seinem Amt als geschäftsführender DLVH-Sprecher für weitere zwei Jahre bestätigt. Seit 1997 ist Schützinger im Vorstand der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik vertreten und fungiert als Organisationsleiter.

In der rechtsextremen Szene ist Schützinger nicht unumstritten. Günter Deckert betont gebetsmühlenartig, dass ein NPD-Bundesparteitag Schützinger wegen dessen DLVH-Aktivitäten auf Lebenszeit die Mitgliedschaft entzogen habe. Auch könne ein „Alkoholiker" wie Schützinger keinen NPD-Landesverband führen. Christian Worch stellte am 10. Februar in einem Offenen Brief an den sächsischen NPD-Chef Winfried Petzold die Frage, ob Schützinger nicht wie die drei abtrünnigen sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten auch ein Verräter sei, da er der NPD durch Mitgründung einer Konkurrenz Schaden zugefügt hat. Worch: „Verrat ist eine schändliche Angelegenheit, und es gibt dafür kein Vergeben und kein Vergessen."

Anton Maegerle

Düsteres Spektakel

Neonazis marschieren an ihrem „Tag der Ehre" durch Halbe bis zum Friedhof.

Als die alte Frau die Trommeln näher kommen hört, rückt sie das Kissen auf dem Fensterbrett zurecht und hebt ihren kleinen Hund hoch, um dem Spektakel auf der Straße zuzuschauen. Etwa 500 Neonazis marschieren zum „zentralen Heldengedenken" durch den kleinen brandenburgischen Ort Halbe. Seit den frühen Morgenstunden des 11. März harren Berliner Neonazis als so genanntes „Vorauskommando" an einer zentralen Kreuzung des Ortes aus, damit diese nicht erneut – wie im vergangenen November geschehen – von Gegendemonstranten besetzt wird.

Es ist bitterkalt. Nur wenige Gewerkschafter, Politiker und Antifaschisten halten in Sichtweite der Rechtsextremisten in der Bahnhofstraße ihre Kundgebung ab. Christian Worch aus Hamburg wickelt dem Altnazi Otto Riehs fürsorglich seinen dicken Schal um den Hals. Riehs verkörpert für die Rechtsextremisten die Generation der Zeitzeugen, die ihre gefährliche Sichtweise vom heldenhaften deutschen Soldatentum noch teilen. Sein Konterfei ziert das große Transparent auf der improvisierten Bühne des angemieteten Europcar-LKWs. Darunter steht: „Die Vergangenheit strömt in hundert Wellen in uns fort". Überall sind schwarz-weiß-rote Fahnen zu sehen, manche sogar mit dem Kreuz in der Mitte. Als Thomas Wulff erscheint, wird er sofort von Kameraden belagert und muss erklären, warum er sich aus dem „NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern heraushalten soll", wie er sagt. Andere, wie NPDler in Ueckermünde, könnten 17 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen im Herbst bekommen. Der mecklenburgische NPD-Landeschef Stefan Köster gibt sich zurückhaltend, er hat persönliche Sorgen, gegen ihn beginnt demnächst der Prozess wegen gewaltbereiter Ausschreitungen im Dezember 2004.

Die Auflagen der Behörden sind lasch, der Auftritt der Neonazis umso martialischer. Ein drei Meter langer mobiler Fahnenmast wird mitgeschleppt. Angeführt von den Ordnern des „Märkischen Heimatschutz'" folgen Berliner Neonazis wie Sebastian Schmidke und Rene Bethage und Potsdamer Kameradschaftler. Aus der sächsischen Schweiz und Dresden waren jeweils etwa 30 Teilnehmer angereist. Den weitesten Weg hatte die „Kameradschaft Wunsiedel". Dessauer Neonazis tragen ein Banner und die Magdeburger werden von Andreas Biere angeführt. Die alten Bundesländer vertreten Neonazis aus Hamm und Lüneburg. Rostocker organisieren die Suppenküche, unter ihnen Lars Jacobs und Martin Krause. Auch der Altenburger Thomas Gerlach soll sich die Anfahrt nicht nehmen lassen haben. Abgekapselt von seinen sächsischen Fraktionskollegen läuft Landtagsabgeordneter Klaus-Jürgen Menzel hinten im Zug unter jungen Kameraden mit.

Nur von dumpfen Trommelschlägen begleitet, zieht der düstere Aufzug den kurzen Weg zum Friedhof hinaus. Jetzt hat Ralph Tegethoff seinen großen Auftritt. Mit einstudierten Handbewegungen bringt er Fahnen- und Kranzträger in die richtige Position. Polizeibeamte ziehen sich zurück, überlassen den Neonazis das Feld. Sodann legt Wehrmachtsfanatiker Tegethoff los, erzählt von 1946, „vom sterbenden Reich, das der Feind zertrat", und zitiert mit drohendem Unterton: „Wir können den Gefallenen hier in Halbe melden, wir leben beständig, kein Unglück ewig!" Die Neonazis feiern ihren Erfolg, bis zum Friedhof marschieren zu können, Tegethoff spricht von „unsäglichen Elementen", denen es im November gelungen sei, „mit kriminellen Methoden unser Gedenken zu verhindern". Er wähnt sich im Kampf: „auch wenn wir nicht im Schützengraben liegen und nicht die Granaten neben uns einschlagen hören, so sind wir dennoch Soldaten wie in unserer 2000-jährigen deutsch-germanischen Geschichte." Dann wird die erste Strophe des Deutschlandliedes angestimmt und Kränze werden unter anderem von der „Kameradschaft 73 Celle" niedergelegt.

Der 84-jährige Otto Riehs lässt sich von zwei jungen Frauen mit Zöpfen stützen. Die jungen Kameraden lauschen gespannt, als Riehs nach dem Trauermarsch auf die Bühne steigt. Brandenburgische Polizisten will er mit einem Aufruf zum Widerstand gegen ihren „Befehlsgeber" Schönbohm anstacheln, denn so wenig Wehrmachtsoldaten sich Befehlen widersetzten, so wenig täten es Polizisten heute. Überhaupt, so Riehs, sei dieser Staat „nur ein Provisorium" und wer hier etwas werden will, „muss kriminell sein!"

Andrea Röpke

Brutaler „Denkzettel"

Abweichendes Verhalten wird bei Rechtsextremisten immer gnadenloser bestraft.

Der Umgang innerhalb der rechtsextremen Szene mit Gesinnungsgenossen, die nicht oder nicht mehr der selbst gesetzten Norm entsprechen, wird härter. Das belegt ein Vorfall in Stendal im Norden Sachsen-Anhalts. Denn was die fünf Skinheads im Alter zwischen 17 und 19 Jahren als „Denkzettel" für einen 40-jährigen Gesinnungsgenossen hielten, wertet die Staatsanwaltschaft als versuchten Mord. Den von der Staatsanwaltschaft beantragten Haftbefehlen gegen die fünf Glatzen gab das Amtsgericht Stendal statt.

Der 40-Jährige, selbst als rechtsradikaler Schläger polizeibekannt und einschlägig verurteilt, war am frühen Morgen von zwei Zeitungszustellern gefunden worden. Er lag in einer riesigen Blutlache, die späteren Untersuchungen ergaben einen offenen Schädelbasisbruch sowie eine schwere Fraktur des Gesichtsschädels. Nach einer Notoperation im Stendaler Krankenhaus wurde der Mann in die Magdeburger Universitätsklinik überführt.

Es sollte ein „Denkzettel", eine „Abreibung" für den Mann sein, den von den Normen der Szene abgewichen war, indem er mit Schwarzafrikanern getrunken und auch illegale Drogen konsumiert hatte. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Stendal hatten Opfer und Täter zunächst in der Wohnung des 40-Jährigen gemeinsam gezecht. Nach einem Ortswechsel in die Wohnung eines Tatbeteiligten sei die Situation eskaliert. Schon in der Wohnung sei der Mann furchtbar verprügelt und zusammengetreten worden, anschließend wurde er die Treppe herunter und über mehrere Straßen geprügelt und getreten. Ob die Vorwürfe, die zu dem Gewaltexzess führten, stimmen, liegt nach Angaben der Staatsanwaltschaft noch im Dunklen. Die Vorwürfe gegen den 40-Jährigen seien als Gerücht aus der Szene zu ihnen gelangt, sagte einer der Täter aus.

Für die Ermittler steht aber mit diesem Vorfall fest: „Es wird immer schwieriger, Szene abweichendes Verhalten zu zeigen oder sogar ganz aus der Rechtsextremistenszene auszusteigen."

Eberhard Löblich

Rückzugsraum

Neues „Nationales Zentrum" in Hessen

Der Ortsteil Hoch-Weisel bei Butzbach zwischen Frankfurt und Gießen machte in den vergangenen Monaten zunehmend – unerfreuliche – Schlagzeilen. Mitten in dem kleinen Ort haben sich führende Aktivisten der Freien Nationalisten Rhein/Main niedergelassen. Zunächst war es nur eine Wohngemeinschaft jüngerer Leute. Doch als die vor den Fenstern Überwachungskameras installierten, begannen sich die Anwohner zu fragen, was die neuen Mitbewohner im Schilde führen. Zumal nach Aussagen von Nachbarn vor allem an den Wochenenden immer viel Besuch aus dem Bundesgebiet aufkreuzt. Bald wurde klar, dass hier ein neues „Nationales Zentrum" der Kameradschaftsszene entstehen sollte. „Die Wohngemeinschaft der 'Freien Nationalisten Rhein-Main' schafft sich hier eine so genannte befreite Zone", hieß es in einer Sendung des „Hessischen Rundfunks".

Zu den Bewohnern gehören die führenden Kader Marcel und Janine Wöll, Maximilian Elser und Christian Müller. Nach Angaben von regionalen Antifa-Gruppen sind sie in der Vergangenheit unter anderem durch das Abstrafen von Aussteigern aus der rechten Szene und Angriffe auf nichtrechte Jugendliche bekannt geworden. Wöll ist auch als Redner auf Neonazi-Demonstrationen hervorgetreten. Es besteht enger Kontakt zur hessischen NPD und deren Jugendorganisation.

Das Anwesen in Hoch-Weisel soll als rechter Ruheraum dienen, wo Seminare und Strategietreffen der rechten Szene abgehalten werden. In der Vergangenheit scheiterte die Etablierung eines rechtsextremen Zentrums in Nidderau an Mietstreitigkeiten, aber auch am Gegendruck der Einwohner des Ortes. Auch in Hoch-Weisel ist es mit dem Rückzugsraum längst vorbei. Die regionalen Medien berichteten über das Anwesen. Bürgerinitiativen gegen Rechts gründeten sich vor Ort und Ende Januar gab es die erste Demonstration gegen das Zentrum. Auch die Polizei hat ein Auge auf das Treiben geworfen. Ende Oktober 2005 wurde bei einer Razzia gegen Neonazis im Rhein-Main-Gebiet auch das Zentrum in Hoch-Weisel durchsucht.

Peter Nowak

Geschichtsverdreher

Jahreskongress des Deutsche Stimme-Verlags mit in- und ausländischen Vertretern des rechtsextremen Spektrums.

Das Motto des diesjährigen Kongresses des Deutsche Stimme-Verlags aus Riesa in Sachsen lautet „Von Nürnberg bis Bagdad – Völkerrecht statt Siegerwillkür". Der so genannte „4. Freiheitliche Kongress" soll an einem bisher unbekannten Ort vom 9. bis 11. Juni in Süddeutschland stattfinden.

Von Seiten der NPD treten dabei unter anderem Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, NPD-Bundesvize und Chefredakteur der „Deutschen Stimme" sowie Udo Pastörs, NPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl im September in Mecklenburg-Vorpommern, als Redner auf.

Als weitere Referenten sind neben anderen Harald Neubauer, Pierre Krebs, Olaf Rose sowie Mansur Kahn angekündigt: Neubauer ist Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa" und Eigentümer des Nation Europa-Verlags (Coburg). Pierre Krebs leitet das nach dem Vorbild der französischen „Nouvelle Droite" gegründete Thule-Seminar, referierte bei der damals NPD-nahen „Deutschen Akademie" und griff für das NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme" zur Feder. Olaf Rose gehört dem Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) an. Er war Hauptredner beim Landesparteitag der NPD in Rheinland-Pfalz im Januar und ist in NPD-Kreisen Dauerreferent in Sachen „Geheimakte Rudolf Heß". Zu diesem Thema referierte Rose auch auf der Jahreshauptversammlung der braunen Knasthilfeorganisation HNG im April 2005 in Oberbayern. Mansur Kahn hat sich als mehrfacher Buchautor des geschichtsrevisionistischen Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain (Tübingen) einen Namen in der Szene gemacht. Er zählt zum Autorenkreis der Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart".

Einen Auftritt haben auch mehrere prominente Rechtsextremisten aus dem Ausland: Nick Griffin führt seit 1999 als Parteivorsitzender die rechtsextreme British National Party (BNP). Der Cambridge-Absolvent Griffin, Ex-Kader der National Front (NF) und Gründungsmitglied der „International Third Position" (ITP), pflegt seit Jahren engste Kontakte zur NPD. Griffin war auch Redner beim „2. Pressefest" des Deutsche Stimme-Verlags im Sommer 2002. Luca Romagnoli ist Europaparlamentarier und Vorsitzender der neofaschistischen italienischen Partei Fiamma Tricolore. Erst im Februar sorgte er mit Aussagen über den Holocaust für Aufsehen. Auf die Frage eines Journalisten über den Holocaust äußerte Ramagnoli: „Ehrlich gesagt, habe ich keine Hinweise, um zu behaupten oder zu bestreiten, dass es die Gaskammern in den Konzentrationslagern jemals gegeben hat". Im Oktober 2004 nahm Romagnoli an einer Demonstration teil, wobei unter anderem des Mussolini-„Marschs auf Rom" von 1922 gedacht wurde.

Mit von der Partie sind ebenso die Veteranen Herbert Schweiger und Hajo Herrmann: Schweiger war ehemals SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler". Der Österreicher ist rechtskräftig wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. Mehrfach saß er deswegen Haftstrafen ab. 1967 war er Mitbegründer der 1988 wieder verbotenen österreichischen Nationaldemokratischen Partei. Schweiger wird seit über zehn Jahren auf NPD/JN-Veranstaltungen als Gralsgestalt der Erlebnisgeneration frenetisch gefeiert. Hajo Herrmann gilt in rechtsextremen Kreisen als „einer der erfolgreichsten Jagd- und Kampfflieger des Zweiten Weltkriegs" („Der Freiwillige"). Er gehörte zum ersten Vorauskommando im Spanischen Bürgerkrieg, noch bevor die „Legion Condor" ihre terroristischen Angriffe startete. Der Ritterkreuzträger Herrmann, der im 93. Lebensjahr steht, war zu NS-Zeiten zuletzt Inspekteur der deutschen Luftverteidigung. 2004 wurde Herrmann von der rechtsextremen GFP für seinen „bewunderungswürdigen Einsatz für Volk und Vaterland ... als auch in der Nachkriegszeit als mutiger Zeitzeuge, Buchautor und Strafverteidiger angeklagter Patrioten" ausgezeichnet.

Das musikalische Rahmenprogramm des „4. Freiheitlichen Kongresses" gestalten die Liedermacher Frank Rennicke und Jörg Hähnel. Rennicke, bundesweit bekanntester rechtsextremer Szene-Musiker, ist rechtskräftig wegen Volksverhetzung vorbestraft. Der NPD-Multifunktionär Hähnel ist zugleich NPD-Landesvize in Berlin, Kreisvorsitzender in Pankow und NPD-Bundesvorstandsmitglied.

Anton Maegerle

Seitenblick

Projekt für Hooligans

Öffentliche Unterstützung für rechtsgerichete Anhänger der in Verruf geratenen SG Dynamo Schwerin.

In der Fußball-Bezirksklasse sind sie Spitze, die Kicker der SG Dynamo Schwerin, doch rund um das Spielfeld spielen sich bei dem Verein Szenen ab, die den Klub in Verruf bringen. Die Rede ist von gewaltbereiten rechtsgerichteten Fans, die keinen Hehl aus ihrer Gesinnung machen. So treten die Fußballanhänger immer wieder mit – zum Teil verbotenen – Emblemen und Symbolen auf Transparenten und Kleidungsstücken in Erscheinung. Die Polizei hat zudem Gewalttätigkeiten registrieren müssen und begleitet regelmäßig die Spiele mit großem Personalaufwand.

Offenbar hat sich eine seit mehreren Jahren in Schwerin bekannte und gewachsene Neonaziszene jetzt den Fußballklub als Agitationsfeld ausgesucht, nachdem man kurzzeitig schon mal beim städtischen Konkurrenzklub FC Eintracht Schwerin für Unruhe sorgte. Die SG Dynamo nahm in Person des Vorsitzenden Manfred Radtke die negativen Entwicklungen zum Anlass, im vergangenen Jahr ein Projekt „Fan statt Hooligan" auszurufen. Mit rhetorischem Geschick gelang es Radtke, auch den Innenminister des Landes für diese Initiative zu überzeugen und 4800 Euro an Fördergeldern aus dem Landesetat loszueisen. Auf dem Sportgelände entstand so ein eigener Raum für die „Problem-Fans", die regelmäßig Fußball spielen, zu Turnieren fahren und laut Radtke im Sommer auch in den regulären Punktspielbetrieb einsteigen sollen.

Doch hinter den Fans verbergen sich auch einige bekannte Gewalttäter. So wurde einer der führenden Figuren, Ronny S. (31), wegen versuchten Mordes und Brandstiftung im Zusammenhang mit den ausländerfeindlichen Krawallen von Rostock-Lichtenhagen 1992 zu einer mehrjährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Er tauchte bis vor kurzem im offiziellen Vereinsjargon noch als Fanbeauftragter auf. Inzwischen wird Versicherungsagent Radtke nicht müde zu betonen, er alleine sei für das Fanprojekt verantwortlich. Und neben S. gibt es noch eine kleine Clique anderer rechter Schlägertypen, die im vergangenen Herbst mehrere Male im Stadtzentrum ein links-alternatives Cafe attackierten und dabei erhebliche Schäden anrichteten, aber auch bei Sportereignissen negativ auf sich aufmerksam machten. Diverse Ermittlungsverfahren sind bei den Behörden anhängig.

Das alles hat Manfred Strauß aus der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen dazu bewogen, die Thematik öffentlich im Schweriner Parlament zu debattieren. Er will wissen, warum in dem Dynamo-Fanraum verfassungswidrige Symbole aushängen. Auch der Opferberatungsverein Lobbi e.V. äußert sein Unverständnis darüber, dass bei Dynamo eine rechtsextrem angehauchte Gruppe hofiert wird: „Wer rechte Gewalttäter unterstützt, hat nicht verstanden, dass ein solches Verhalten ein eindeutiges Signal an Opfer und Täter ist. Betroffene fühlen sich zu Recht im Stich gelassen. Die Schläger können das nur als Anerkennung ihres Treibens verstehen." Und spätestens nach Berichterstattung von „Spiegel-TV" über das Fanmodell gibt es auch Bedenken beim Landesfußballverband. Der Vorsitzende Joachim Masuch: „Wir beobachten das Ganze mit Sorge. Zumindest muss solch ein Projekt von einem Sozialarbeiter betreut werden, der auch eine nötige Distanz zum Problemklientel aufweist."

Bundesweit etablierte Fanprojekte sowie der am Institut für Sportwissenschaft in Hannover lehrende Soziologe Gunter A. Pilz sehen das genau so, wie sie auf einer Kriminalitätspräventionstagung in Lüneburg betonten. Und eben solch eine pädagogische Begleitung findet bei der SG Dynamo nicht statt. Man gibt sich damit zufrieden, dass man den meisten der ins Visier geratenen Fans Ein-Euro-Jobs auf dem eigenen Sportgelände verschafft hat. Inzwischen scheint das Innenministerium, aber auch der Stadtsportbund Schwerin auf die öffentliche Kritik zu hören. Gemeinsam denkt man über eine fachliche Begleitung des noch bis 2007 ausgerufenen Projekts nach. Auf der Vereinshomepage stellt der Klub sich als journalistisches Rufmordopfer dar. Kommentierende und wertende Statements putschen die eigenen Mitglieder und Fans entsprechend auf. Doch bei den Nachbarvereinen genießt die SG Dynamo einen schlechten Ruf. In der Winterpause wollte kein Klub ein Freundschaftsspiel gegen die Dynamos austragen.

Horst Freires

Ausland

Farbenstreit

Starke Konkurrenz für den rechtsextremen Front National von rechtskonservativer Seite.

Politische Auseinandersetzungen und ideologische Kämpfe werden heutzutage mit den Mitteln der modernen Kommunikationstechnologien ausgetragen. So der Streit, der zwischen dem rechtsextremen Front National (FN) und dem Mouvement pour la France (MPF) tobt. Ein Pariser Gericht hat jetzt die Forderung des FN abgewiesen, dass der MPF seine Homepage abschalten müsse.

„Es gibt 5 000 Blautöne, aber es ist just das Blau des Front National, das der MPF für seine Webpage benutzt. Dasselbe gilt für den Schrifttyp“, behauptete der Rechtsanwalt des FN, der einen Eilantrag auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen die rechte Konkurrenz gestellt hatte. Und tatsächlich ist es schwierig, die Gemeinsamkeiten zwischen den Homepages beider Rechtsaußenparteien zu verkennen: Identische Schriftgröße, identischer Aufbau mit einander gleichenden Themenleisten, und eben auch derselbe Blauton. Der MPF, der sich erst seit vorigem Jahr ernsthaft im Parteiaufbau – am äußersten Rande des konservativen Lagers – befindet und eifrig klassische rechtsextreme Themen bedient, will sowohl das Publikum des FN als auch frühere Mitglieder und aktive Kader gewinnen. Diese Ambition strich der MPF-Vorsitzende Graf Philippe de Villiers mehrfach heraus.

Die Affäre um die Homepage hat einen bezeichnenden Hintergrund: Der Webmaster des MPF hat nicht einfach den des FN nachgeahmt, sondern es handelt sich um ein und dieselbe Person: Romain Létang, der die Homepage Front-national.com entworfen hatte, ist mitsamt seinem handwerklichen Können zum MPF übergelaufen. Wie auch hochrangige FN-Kader vor ihm, beispielsweise Jacques Bompard, Bürgermeister im südfranzösischen Orange.

In der Vergangenheit hatte es der Front National geschafft, mit zwei unterschiedlichen Diskursmustern ein jeweils anderes Publikum anzusprechen. Auf der einen Seite bediente er mit einer Mischung aus Ablehnung von „zu viel“ Sozialstaat, Steuern und staatlicher Unterhaltspflicht für Arme sowie einer rassistisch unterlegten Abweisungshaltung gegenüber Zuwanderung ein Milieu, das eher den konservativen Mittelschichten und dem Kleinbürgertum entstammte. Andererseits sprach er mit einem sozialdemagogischen Programmdiskurs und antisemitisch unterfütterten Pseudo-Antikapitalismus auch Teile der sozialen Unterschichten und ehemalige Linkswähler an. Vor allem der erst genannte Teil des FN-Publikums wird nun verstärkt vom MPF umworben.

An einer Demonstration am 26. Februar, die vor allem durch die jüdische Gemeinde in Frankreich organisiert worden war, versuchten sowohl Philippe de Villier als auch einzelne FN-Vertreter teilzunehmen. Voraus ging die Ermordung eines 23-jährigen Juden durch eine Bande, die ihn zuvor im südlichen Umland von Paris entführt hatte. Die Motivation der Täter war mutmaßlich eine Mischung aus rein kriminellen Motiven und antisemitischen Stereotypen wie dem, dass „Juden Geld haben“. Der MPF-Chef, der sich bei der überparteilichen Demonstration in die erste Reihe stellen wollte, wurde allerdings durch Anhänger antirassistischer Organisationen wie SOS Racisme vertrieben. De Villiers ging es vor allem darum, die Empörung über den Mord gegen die Bevölkerung der Vorstädte mit Migrationshintergrund zu kehren – und rassistisch umzupolen.

Die Wochenzeitung „Minute“, die ein Scharnier zwischen Rechtskonservativen und dem Spektrum rund um den FN bildet, begrüßte die – anonym gebliebene – Teilnahme einiger FN-Regionalparlamentarier an der Demonstration. „Minute“ zufolge gebe es Anzeichen dafür, „dass die antirassistische Front Risse bekommt“ und es gelinge könne, sie zu spalten. Die in Frankreich lebenden Juden müssten in ein Bündnis gegen arabischstämmige Einwanderer und zur Verteidigung des Westens, des Abendlands integriert werden. Dagegen wird in der FN-eigenen Wochenzeitung „National Hebdo“ über die „pseudoreligiöse Bittprozession“ gegen den Antisemitismus gehöhnt. Es sei zweifelhaft, ob dem Verbrechen der Vorstadtbande Antisemitismus zugrunde liege und dieser das wirkliche Problem darstelle. Der Hinauswurf de Villiers’ wird als Manifestation einer (unausgesprochen: jüdischen) „Konfessionspolizei“ bewertet.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

„Arisierte“ Forschung

Die im März vor 65 Jahren in Frankfurt/Main eröffnete „Hohe Schule“ der Nazis besaß eine umfangreiche Fachbibliothek zur „Judenfrage“.

Längst ist bekannt, dass die Nazis mit einem engen System von Ausbildungseinrichtungen das ganze Reich überzogen hatten. Das begann mit den Napolas für Schüler, setzte sich fort mit Ausbildungsinstituten in jedem Gau, es folgten die drei „Ordensburgen“ in Sonthofen im Allgäu, Vogelsang in der Eifel und Krössinsee in Pommern. Deren Geschichte ist erforscht, was nicht für die Eliteuniversität „Hohe Schule“ gilt. Erste wichtige Ansätze hat jetzt der Berliner Historiker Ernst Piper mit seiner bahnbrechenden Studie über Hitlers Chefideologen Alfred Rosenberg geliefert.

Diese „Hohe Schule“ zur Koordinierung der gesamten NS-Judenforschung wurde im März vor 65 Jahren im Frankfurter Römer eröffnet. Der Anstoß kam von der Mainmetropole selbst. Ihr damaliger Oberbürgermeister Friedrich Krebs hatte Reichsleiter Alfred Rosenberg die städtische Judaica- und Hebraicasammlung angeboten, wenn die „Hohe Schule“ ihren Sitz in Frankfurt nehmen würde. Nach diesem Briefwechsel vergingen viele Monate. Am 29. Januar 1940 unterzeichnete Hitler einen Erlass und gab damit das entscheidende Signal. Nunmehr sollten alle wichtigen Institute, die sich mit den Juden beschäftigten, an den Main verlegt und Teil der „Hohen Schule“ werden. Frankfurt stiftete die ersten 40 000 Bände als Grundstock für die Bibliothek – „arisierte“ Bücher Frankfurter Juden. 1940, nach dem so genannten „Westfeldzug“ gegen Frankreich und die Beneluxstaaten, wuchs die Bibliothek um 147 000 Bände an. Nach der Besetzung der drei baltischen Staaten im Sommer 1940 kamen weitere 280 000 hinzu. Aus Griechenland gelangten 10 000 Bücher nach Frankfurt und Bestände deutscher Juden machten 100 000 Bände aus.

So besaß die „Hohe Schule“ vermutlich die weltweit vollständigste Fachbibliothek zur „Judenfrage“. Oberster Chef wurde Reichsleiter Alfred Rosenberg. Der wollte die „Hohe Schule“ mit einer großen internationalen Tagung eröffnen. Dem machte allerdings Hitlers persönlicher Sekretär Martin Bormann einen Strich durch die Rechnung. Hitler habe derzeit Wichtigeres zu tun. Einzelheiten teilte er nicht mit. Wir wissen heute, was es war: Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Rosenberg ließ den Eröffnungsrahmen deutlich kleiner gestalten und schrieb an Bormann: „Die Tagung ist so gedacht, dass im Römersaal die Eröffnung der Bibliothek verkündet wird, wobei mir das Palais Rothschild zu treuen Händen des Instituts mit übergeben wird. Diese symbolische Geste soll bedeuten, dass von Frankfurt am Main aus die Macht der Rothschilds ausgegangen ist und hier in einem symbolischen Akt ihr Ende findet.“

Am 26. März 1941 war es so weit. Mehr als 300 ausländische Gäste waren gekommen, freilich niemand aus der ersten Reihe. Prominentester Ausländer war ausgerechnet Vidkun Quisling, der Chef der norwegischen Nazis. Die wichtigsten Reichsminister mussten in Berlin bleiben, um den japanischen Außenminister zu begrüßen. Zu den deutschen Wissenschaftlern gehörte auch Otmar von Verschuer, der wenig später von seinem Schüler Josef Mengele aus Auschwitz so viel menschliches „Material“ geliefert bekam, wie er wollte. Nach dem Krieg wurde Verschuer Professor für Anthropologie an der Universität Münster. Zu den Hauptreferenten gehörte der Journalist Giselher Wirsing, nach der Befreiung viele Jahre lang Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Christ und Welt“. Sein Thema in Frankfurt am Main: „Die Judenfrage im Vorderen Orient“. Der Chef Rosenberg machte aus dem Ziel der NS-Rassenpolitik kein Geheimnis. „Die Judenfrage, die als Aufgabe seit 2000 Jahren den Völkern Europas gestellt und nicht gelöst wurde, wird nunmehr durch die nationalsozialistische Revolution für Deutschland und ganz Europa ihre Lösung finden.“

Umfangreich und erfolgreich geforscht worden ist in der „Hohen Schule“ nie. Der Zweite Weltkrieg und mit ihm die „Endlösung der Judenfrage“ bestimmten den Alltag. Bei Kriegsende entdeckten US-Soldaten die riesigen Bestände in einem feuchten Keller in Frankfurt, wohin sie wegen der Luftangriffe gebracht worden waren. Sie stellten sie sicher. Neuer Besitzer wurde eine jüdische Organisation, der die Bücher dem Staat Israel schenkte.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Ort der Täter

Eine Ausstellung zeigt alle Entwürfe für die „Topographie des Terrors". Das jetzt gekürte Modell verzichtet auf jede baukünstlerische Überhöhung.

Bis zum 17. April sind die 309 Entwürfe des europaweit ausgeschriebenen Wettbewerbs für die Gestaltung der Freiflächen und eines Gebäudes für die Ausstellung „Topographie des Terrors" und die Aufgaben der gleichnamigen Stiftung im benachbarten Gropius-Bau in Berlin zu besichtigen. Die Jury hatte den ersten Preis am 24. Januar dem Entwurf der Architektin Ursula Wilms und des Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann zugesprochen und ihn einstimmig zur Ausführung empfohlen. Die Baukosten werden 15 Millionen Euro betragen. Die Finanzierung erfolgt zu gleichen Teilen durch den Bund und das Land Berlin. Der Baubeginn ist für Ende 2007 vorgesehen, die Fertigstellung für Ende 2009.

Der eingeschossige, kubische Baukörper für das Dokumentations- und Besucherzentrum, der von einem Netz aus feinem, transparentem Metallgewebe umhüllt wird und tags und nachts unterschiedliche Ausblicke ermöglicht, gruppiert sich um einen Innenhof mit Wasserfläche und ist bewusst zurückhaltend gestaltet, um die Konzentration auf das Wesentliche zu fördern: Die Ausstellungen in der Hauptebene und die materiellen Spuren des geschichtlichen Ortes. Die Sockelebene des Gebäudes ist für den wissenschaftlichen und pädagogischen Bereich mit Bibliothek und Seminarräumen vorgesehen; die auf dem Gelände verstreuten, freigelegten Gebäudefundamente – der so genannte Ausstellungsgraben neben der Niederkirchnerstraße, Luftschutzgraben, Küchenkeller der ehemaligen SS-Verpflegungsbaracke und die Zellenböden des ehemaligen Gestapo-„Hausgefängnisses" – sollen durch ein Wegenetz erschlossen und stärker als bisher sichtbar gemacht werden: „Mit dieser Architektur und dem Schutz der materiellen Spuren des Geländes", so das Resümee von Professor Andreas Nachama, dem Geschaftsführenden Direktor der Stiftung, „ist erreicht, was die Kuratoren der Ausstellung seit dem 4. Juli 1987, dem Tag der Ersteröffnung der 'Topographie des Terrors', immer wollten: ausgehend vom Gelände als erstem Exponat Menschen dazu zu bringen, auch unter banalen Ziegelsteinen nach historischen Zusammenhängen zu suchen."

So lapidar formuliert, erscheinen die jahrelangen Auseinandersetzungen um den in der zweiten Ausschreibung von 1993 siegreichen Entwurf von Peter Zumthor, der 2004 an technischen und finanziellen Risiken endgültig scheiterte, wie die Geschichte einer Verirrung. Gekürt wurde jetzt ein Entwurf, der auf jede baukünstlerische Überhöhung und Überformung verzichtet. Hauptexponat ist das Gelände, das in seiner kargen Unwirtlichkeit, die durch eine steppenartige Bepflanzung noch unterstützt wird, zum Nachdenken über seine historische Bedeutung auffordern soll.

Denn diese innerstädtische Brache gegenüber dem früheren NS-Luftfahrtministerium ist ja kein Gedenkort für die Opfer der NS-Verbrechen und ebensowenig ein Museum mit originalen Ausstellungsstücken, ihre Besonderheit liegt vielmehr darin, dass hier, in den Befehls- und Verwaltungszentralen der nationalsozialistischen Repressions- und Verbrechenspolitik, die Schreibtische der Täter standen: 1933 etablierte sich das Geheime Staatspolizeiamt, 1934 die SS-Führung und 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). 1941 wurde das Prinz-Albrecht-Palais zum repräsentativen Dienstsitz für Reinhard Heydrich, dem Chef des RSHA, ausgebaut. Erst 1987 wurde dieses vermeintlich geschichtslose Freigelände, auf dessen einzigartige historische Bedeutung zuerst eine Bürgerinitiative aufmerksam machte, wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Jetzt werden jährlich 400 000 Besucher gezählt. Sämtliche 309 Wettbewerbsentwürfe werden in dem ausführlichen und reich bebilderten Katalog vorgestellt.

Theo Meier-Ewert

Realisierungswettbewerb Topographie des Terrors, Berlin, 309 Entwürfe – Katalog zur Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten, hrsg. von der Stiftung Topographie des Terrors und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 272 Seiten, 20 Euro.

Meldungen

Wahlkampfspektakel

Mössingen – Im schwäbischen Mössingen bei Tübingen führte die NPD am 10. März im Feuerwehrhaus eine Veranstaltung mit dem örtlichen NPD-Landtagskandidaten und Bürgermeisterkandidaten Axel Heinzmann (Jg. 1946) durch. In seiner Rede schickte der „Menschenrechts-Aktivist“ (HNG) Heinzmann unter dem Applaus der 60 Anwesenden „Grüße an politische Gefangene, die dieser Staat“ hat. Namentlich nannte der LKW-Fahrer Heinzmann, der erstmalig 1976 mit dem rechtsextremen Hochschulring Tübinger Stdudenten (HTS) von sich reden machte, die Holocaust-Leugner David Irving und Ernst Zündel. In seinem ausgelegten Wahlprogramm fordert Heinzmann neben der „Ausländerrückführung“ die Umbenennung von Straßen nach dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, einem „unschuldigen Terrorjustizopfer“. Vor Ort bei der Veranstaltung waren der NPD-Landesvorsitzende Jürgen Schützinger und die NPD-Kreisvorsitzende Edda Schmidt, vormals Funktionärin der Wiking-Jugend. Schützinger wetterte in seiner Rede gegen den Islam und Ausländer. Hinter dem obligatorischen Büchertisch, der vorwiegend mit Literatur aus dem geschichtsrevisionistischen Verlagskomplex Grabert/Hohenrain (Tübingen) gespickt war, hatte sich Hans Schmidt aufgebaut. Angeboten wurden von ihm Kataloge von Edda Schmidt, die von Bisingen aus ein einschlägiges Antiquariat führt. Das Ehepaar Schmidt ist unter anderem wegen Volksverhetzung vorbestraft. (am)

Zwistigkeit im Norden

Lübeck – Innerhalb der NPD in Schleswig-Holstein rumort es: Beim Kreisverband Lübeck/Ostholstein hat jetzt der bisherige stellvertretende Vorsitzende Reinhard Jahnke seinen Posten zur Verfügung gestellt und kündigte an, der NPD den Rücken zu kehren. Hintergrund der Entscheidung: Gegen den ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden von Lauenburg/Stormarn, Heino Förster, soll ein Schiedsverfahren stattfinden mit dem Ziel des Ausschlusses aus der Partei. Förster wird seit Mitte Dezember 2005 vorgeworfen, über 5500 Euro an Parteigeldern veruntreut zu haben. Jahnke (bis 2003 trug er noch den Nachnamen Eggert) war als Beisitzer des Verfahrens vorgesehen. Er hatte eine Einstellung der Angelegenheit – gegen Auflagen – befürwortet. Gegenüber dem Antragsteller, dem neuen Lauenburger Kreisvorsitzenden Uwe Glienke, konnte er sich aber nicht durchsetzen. Dieser besteht auf einen Ausschluss Försters. Der Lübecker NPD-Kreisvorsitzende Jörn Lemke, Anmelder des vornehmlich von freien Kräften propagierten Gedenkmarsches am 1. April in der Marzipanstadt „gegen alliierten Bombenterror“, hakt den Vorgang unter der Rubrik „Nebensächlichkeit“ ab. Jahnke war bei der vergangenen Bundestagswahl NPD-Kandidat in Lübeck. Über Jahre war Jahnke auch Landesvorsitzender der Gruppierung Bündnis Rechts in Mecklenburg-Vorpommern., die mit mehreren Personen rund um Dieter Kern 1998 in Lübeck zur Kommunalwahl angetreten war. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de